
Juridicum – Schriften zum Arbeitsrecht

Reihe herausgegeben von

Jacob Joussen, Bochum, Deutschland

Die Schriftenreihe widmet sich dem Arbeitsrecht in seiner ganzen Breite. Sie ermöglicht die Veröffentlichungen von Abhandlungen aus dem Bereich des Individualarbeitsrechts ebenso wie aus dem kollektiven Arbeitsrecht. Damit sind neben Fragestellungen des gesamten Arbeitsvertragsrechts insbesondere auch Beiträge aus dem Betriebsverfassung-, dem Tarif- und dem Koalitionsrecht Gegenstand der Reihe. Sie ist offen für sehr gute wissenschaftliche Forschungsarbeiten aus diesem Fächerbereich, auch soweit sie aus europäischen oder internationalen Bezügen stammen.

Herausgeber

Prof. Dr. Jacob Joussen

Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum

Christopher Schneider

Der Verfall des Urlaubsanspruchs

Die Entwicklung des Urlaubsrechts
unter dem Einfluss von Art. 7
ArbZ-RL und Art. 31 Abs. 2 GRC

Christopher Schneider
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
Universität Bayreuth
Bayreuth, Deutschland

ISSN 2522-5863 ISSN 2522-5871 (electronic)
Juridicum – Schriften zum Arbeitsrecht
ISBN 978-3-658-47295-5 ISBN 978-3-658-47296-2 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-47296-2>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten. Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Meinen lieben Eltern.

Vorwort

Das Urlaubsrecht ist ein Bereich des Arbeitsrechts, der in maßgeblichem Umfang von verschiedenen Rechtsquellen beeinflusst wird. Insbesondere nimmt das Unionsrecht erheblichen Einfluss auf die Anwendung und Ausgestaltung des Bundesurlaubsgesetzes. Bei objektiver Betrachtung der unionsrechtlichen Vorgaben dürfte dies ob des spärlichen Wortlautes für Verwunderung sorgen. Dennoch leitet der EuGH im Wege der Rechtsfortbildung eine Reihe an Anforderungen an die Entstehung und den Verfall des Urlaubsanspruchs her. Dies führt mitunter dazu, dass das Urlaubsrecht im transnationalen Mehrebenensystem einem Flickenteppich an rechtlichen Vorgaben gleicht. Wenngleich der durch die Rechtsprechung hervorgerufene progressive Wandel zu einem neuen wissenschaftlichen Diskurs und Fortschritt führt, birgt dieser Unsicherheiten für die Rechtsunterworfenen. Dies betrifft insbesondere den Verfall des gesetzlichen Urlaubsanspruchs. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, die Voraussetzungen, nach denen Urlaub verfällt, herauszuarbeiten und zu ordnen. Im Laufe der Arbeit gelangte ich zu der Schlussfolgerung, dass es ein grundlegendes Umdenken auf nationaler Ebene bedarf, welches ein einheitliches Verständnis von nationalem und unionalem Urlaubsrecht erfordert.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf diesem Stand.

Besonders danken möchte ich meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. *Adam Sagan*, MJur (Oxon). Er hat das Thema maßgeblich geprägt und mich während meiner Forschung stets gefördert. Durch den konstruktiven und fortwährenden Austausch hat er meinen Horizont für die Wissenschaft erweitert und mich abermals für das Unionsrecht begeistern können. Ebenfalls ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. *Matthias Jacobs* für die Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens. Ein herzlicher Dank gebührt auch Frau Professorin Mag. Dr. *Elisabeth Brameshuber*, die mich gemeinsam mit ihrem Lehrstuhlteam während meines Forschungsaufenthaltes in Wien ausgesprochen freundlich betreut hat.

Ein großer Dank gilt ebenso meinen Freunden und Lehrstuhlkollegen Dr. *Marius Brockfeld*, *Alexander J. Schmidt*, *Matthias Sollfrank* sowie *Luca Philippi*, die gemeinsam mit dem gesamten Lehrstuhlteam mein Schaffen als wissenschaftlicher Mitarbeiter begleitet und dieses durch ihre unterstützende und freundschaftliche Art zu einer lehrreichen und unterhaltsamen Zeit in Bayreuth haben werden lassen, die mir gerne in Erinnerung bleibt.

Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei Professor Dr. *Marvin Nipper, Jonas Kathmann, Younes Metlej, Tim Hasse* und *Tarek Prause*, die mit ihrem Lektorat und ihrer Unterstützung nicht unwesentlich zu der Erstellung dieser Arbeit beigetragen haben und mir stets als gute Freunde zur Seite stehen. Namentlich bedanken möchte ich mich auch bei meinem Bruder *Niklas Schneider*, der mir eine Stütze und persönliche Bereicherung ist, sowie bei meiner gutherzigen Großmutter *Anneliese Blum* für ihre Förderung bei der Veröffentlichung dieser Arbeit.

Abschließend gilt mein größtmöglicher Dank meinen Eltern *Kornelia* und *Gerhard Schneider*. Ohne sie wäre die Anfertigung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Sie haben mich wie in sonstigen Lebenslagen auch während meines Studiums und Promotionsvorhabens stets aufopferungsvoll und fürsorglich unterstützt. Diesen gebührt mein größter Respekt. Ich widme Ihnen diese Arbeit in vollster Hochachtung und Dankbarkeit.

Bayreuth und Mülheim im Juli 2024

Christopher Schneider

Inhaltsverzeichnis

Einführung und zentrale Aussagen der Untersuchung	7
Teil I: Die zeitlichen Schranken des Urlaubsanspruchs	13
§ 1 Grundzüge des Urlaubsanspruchs	13
I. Anspruchsentstehung	14
II. Anspruchsinhalt	15
1. Freistellungserklärung	15
2. Urlaubsentgelt	16
3. Kein Erholungserfolg	17
§ 2 Das Fristenregime nach § 7 BUrlG	17
I. Der Verfall am Ende des Kalenderjahres	17
1. Voraussetzung des Verfalls	17
2. Anwendungsvoraussetzung der Mitwirkungsobliegenheit	19
II. Übertragung nach § 7 Abs. 3 BUrlG	20
1. Übertragung auf die ersten drei Monate des Folgejahres	20
2. Übertragung auf das nächste Kalenderjahr	21
3. Sonderfälle	23
a. Langzeiterkrankung	23
b. Arbeitgeberseitig zu vertretendes Urlaubshindernis	25
c. Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung durch das BAG	26
d. Neufassung des § 7 Abs. 3 BUrlG	26
aa. Verstoß <i>contra legem</i>	27
i. § 7 Abs. 3 Satz 3 BUrlG	27
ii. § 7 Abs. 3 Satz 3 i.V.m. § 7 Abs. 3 Satz 4 BUrlG	28
bb. Verstoß gegen Art. 20 Abs. 3 GG	29
i. Grundsatz der Gewaltenteilung	29
ii. Bestimmtheitsgebot	30
4. Zwischenergebnis	31
§ 3 Verfall nach allgemeinem Schuldrecht	32
I. Anwendbarkeit vom BUrlG abweichender Vorschriften	32
1. Der Vorrang günstigerer Vereinbarungen	32
2. Grundsatz: <i>lex specialis derogat legi generali</i>	33
a. Der <i>lex specialis</i> -Grundsatz am Beispiel der Verjährungsregeln	34
b. Anwendungsbereich neben dem BUrlG	38

II.	Rechtsvernichtende Einwendungen	40
1.	Unmöglichkeit nach § 275 Abs. 1 BGB	40
2.	Verzicht durch den Arbeitnehmer	42
3.	Vergleich	43
4.	Ausschlussfristen	43
a.	Rechtliche Anforderungen	44
b.	Formulierungsbeispiel	46
5.	Verwirkung	47
a.	Anwendbarkeit	47
b.	Regelungsbereich des § 7 Abs. 3 BUrlG	49
c.	Voraussetzungen der Verwirkung	50
aa.	Zeitmoment	50
i.	Berücksichtigung der Besonderheiten des Urlaubsanspruchs	51
ii.	Unionsrechtliche Einflussnahme	52
bb.	Umstandsmoment	55
i.	Sachverhalte nach <i>MPG</i> und <i>Kreuziger</i>	56
ii.	Rückwirkungssachverhalte	56
III.	Rechtshemmende Einreden	60
1.	Verjährung	61
a.	Das Schicksal der Verjährung im Spiegel von <i>Schultz-Hoff</i> zu <i>LB/TO</i>	61
aa.	Zeitliche Ausweitung des Anspruchs bei Langzeiterkrankung	62
bb.	Erneute Unklarheiten durch Mitwirkungsobliegenheit	63
b.	Anwendungsbereich der Verjährung auf „Null reduziert“	64
c.	Unzulässige Durchbrechung des <i>lex specialis</i> -Grundsatzes	65
aa.	Wortlaut	67
bb.	Gesetzgeberischer Wille	68
cc.	Systematische Auslegung	69
dd.	Sinn und Zweck	69
d.	Zwischenergebnis	70
2.	Arglisteinrede	70
§ 4	Der Einfluss transnationaler Regelungen auf den Urlaubsverfall	73
I.	Art. 7 Abs. 1 ArbZ-RL	73
1.	Schutzbereich der ArbZ-RL	75
2.	Bedingter Urlaubsverfall	76
3.	Grundsätze des unionalen Urlaubsanspruchs	78
a.	Anspruchsentstehung	78

aa.	Ausnahme: Nicht erbrachte Arbeitsleistung.....	78
bb.	Rückausnahme: Ruhendes Arbeitsverhältnis	79
b.	Verhältnis zu sonstigen Urlaubsansprüchen.....	80
c.	Verfall bereits erworbener Ansprüche.....	80
4.	Zwischenergebnis	81
II.	Art. 31 Abs. 2 GRC	81
1.	Schutzbereich.....	82
2.	Auswirkungen auf den Urlaubsverfall.....	83
III.	Das Recht auf Jahresurlaub als besonderer Grundsatz des Sozialrechts der Union	85
IV.	Arbeitsvölkerrecht: Übereinkommen Nr. 132 ILO.....	87
V.	Sinn und Zweck des Erholungsurlaubs als prägendes Element	90
1.	Erholungszweck.....	90
2.	Leistungsinhalte.....	91
a.	Einheitstheorie.....	91
b.	Das Verhältnis von Entgeltfortzahlungs- und Abgeltungsanspruch.....	92
3.	Einheitlicher Leistungsverfall.....	94
VI.	Der „Fremdkörper“ Mitwirkungsobliegenheit.....	96
1.	Hintergrund.....	97
2.	Rechtliche Würdigung.....	99
a.	Analyse der Begründungsansätze des EuGH	99
aa.	Vermutungsregelung zulasten des Arbeitgebers	99
bb.	Anreiz auf (Nicht)Inanspruchnahme	101
cc.	Unbegrenzte Ansammlung von Urlaubs(abgeltungs)ansprüchen	102
i.	Spannungsfeld zwischen <i>KHS</i> und <i>MPG</i>	103
ii.	Abspaltung vom Erholungszweck.....	103
b.	Stellungnahme	105
3.	Zeitliche Rückwirkung	107
a.	Rückwirkungsbeschränkung auf unionaler Ebene.....	108
b.	Nationale Einschränkungsmöglichkeiten	112
aa.	Einrede der unzulässigen Rechtsausübung.....	113
bb.	Zeitliche Rückwirkung der Urlaubsabgeltung.....	114
4.	Umsetzung auf nationaler Ebene durch das BAG	117
a.	Richtlinienkonforme Auslegung.....	117
b.	Richtlinienkonforme Fortbildung	119
aa.	Vorbemerkungen	119
bb.	Umsetzung durch richtlinienkonforme Fortbildung des BURIG.....	123

§ 5 Vertraglicher Mehrurlaub	123
Teil II: Die erforderliche Anpassung des nationalen Urlaubsrechts	127
§ 6 Der Urlaubsanspruch zwischen öffentlichem und privatem Recht.....	127
I. Konträre Auffassung im deutschen und europäischen Recht	128
1. Deutsches Verständnis.....	128
2. Unionsrechtliches Verständnis	128
II. Abkehr vom rein nationalen privatrechtlichen Verständnis	129
1. Umsetzungsdefizit	131
a. Richtlinienimmanente Grenzen	131
b. Art. 4 Abs. 2 ArbSchR-RL	132
c. Gebot der effektiven Umsetzung	133
d. Ausschlussbestand nach Art. 153 Abs. 5 AEUV.....	134
aa. Rückgriff auf Art. 157 Abs. 2 AEUV.....	135
bb. Arbeitsentgelt i.S.d. Art. 153 Abs. 5 AEUV	136
2. Äquivalenzgrundsatz	138
a. Urlaub als Teil des Arbeitszeitrechts.....	138
b. Unzulässige Differenzierung zwischen Arbeitszeit- und Urlaubsrecht.....	140
3. Systemwidrigkeit im Verhältnis zum Urlaubsabgeltungsanspruch	141
4. Rechtsfolge: Unionsrechtswidrigkeit des Urlaubsrechts	142
§ 7 Die Integration des BUrlG in das europäische Arbeitszeit- und Urlaubsrecht.....	144
I. Doppelwirkung der öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzrechtsnormen	145
II. Konkreter Reformbedarf.....	146
1. § 7 BUrlG	147
a. Die drei Phasen des Urlaubsanspruchs	147
b. Anwendungsvoraussetzung	148
aa. Zeitliche Anforderungen	149
bb. Inhaltliche Ausgestaltung der Mitwirkungsobliegenheit.....	151
i. Hinweisobliegenheit.....	151
ii. Ermutigungsobliegenheit	152
iii. Nachweispflicht.....	153
cc. Einschränkung der Anwendungsvoraussetzung	153
i. Durchgehende Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit	153
ii. Fortdauernde Erkrankung zu Beginn des Kalenderjahres	155
2. § 13 BUrlG	157
III. Öffentlich-rechtlicher Überwachungs- und Sanktionsapparat	159
1. Überwachungsapparat	159

a.	Zuständige Behörden.....	160
b.	Befugnisse und Aufgaben.....	160
2.	Straf- und Bußgeldvorschriften	162
a.	Ordnungswidrigkeiten	162
b.	Straftatbestände	163
c.	Analogieverbot	164
IV.	Rechtspolitischer Vorschlag zur obligatorischen Reform des BUrlG	165
Teil III: Der alternative Urlaubsverfall.....		169
§ 8 Urlaubsverfall nach österreichischem Vorbild		169
I.	Verjährung statt Verfall	170
II.	Keine Bindung des Urlaubsjahres an das Kalenderjahr.....	172
1.	Zeitliche Einschränkungsmöglichkeit	173
2.	Ausweitung des Bezugszeitraumes nach § 7 Abs. 3 Satz 3 BUrlG.....	174
3.	Übertragungsgründe	175
4.	Relativ zwingende Ausgestaltung.....	175
III.	Mitwirkungsobliegenheit und Verjährungshemmung	176
IV.	Strafbewährte Aufzeichnungspflichten und behördliche Überwachung.....	178
V.	(Partielle) Übertragung des österreichischen Rechts auf das deutsche Recht.....	179
§ 9 Ausweitung des Bezugszeitraumes		180
I.	Zweckfortfall als Alternative zum Jahresbezug.....	184
II.	Pluralisierung der Verfallfristen	186
1.	Kontradiktorische Ausweitung des Bezugszeitraumes.....	188
2.	Einheitslösung ausgerichtet an der Zweckbestimmung.....	190
a.	Verfall des Anspruchszwecks.....	190
b.	Ausweitung des Übertragungszeitraumes	191
c.	Bestimmung einer einheitlichen zeitlichen Grenze	193
aa.	Verfall des Erholungszwecks	193
bb.	Verfall der monetären Komponente	196
3.	Zwischenergebnis	197
§ 10 Fakultative Reformvorschläge.....		198
I.	Entkoppelung des Urlaubsanspruchs vom Kalenderjahr	198
II.	Einseitige Beurlaubung durch den Arbeitgeber	199
1.	Zwangsbeurlaubung.....	200
a.	Rechtliche Voraussetzungen.....	201
b.	Möglichkeit <i>versus</i> Verpflichtung zur Zwangsbeurlaubung	204

2.	Rechtliche Ausgestaltung	205
III.	Nachweispflicht	207
1.	Gefahr von Systembrüchen.....	208
2.	Alternative Umsetzungsmöglichkeiten der Mitwirkungsobliegenheit	209
a.	Richtlinienkonforme Auslegung des § 241 Abs. 2 BGB.....	209
b.	Richtlinienkonforme Auslegung des § 618 BGB	210
c.	Teil des öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzrechts	211
IV.	Aufzeichnungspflichten	212
V.	Ausweitung der Ordnungswidrigkeits- und Straftatbestände	213
VI.	Restriktivere Ausgestaltung von § 13 BUrlG	213
VII.	Rechtspolitischer Vorschlag zur fakultativen Umstrukturierung des Urlaubsrechts	214
	Literaturverzeichnis.....	219
	Anhang (Fassungen des BUrlG und ÖUrlG zum Forschungsstand).....	233

Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die durchgängige Verwendung beider Geschlechter verzichtet. Die Verwendung männlicher Formen für personenbezogene Bezeichnungen bezieht sich in gleicher Weise auf die weibliche Entsprechung.